

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	186
		TOP:	25
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	23.06.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Frau Rickes (BaurA)		
Protokollführung:	Frau Schmidt / pö		
Betreff:	Wie ist die aktuelle Lage beim Baurechtsamt? - Antrag Nr. 38/2020 v. 21.02.2020 (CDU) - mündlicher Bericht -		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

In Beantwortung des Antrages Nr. 38/2020 berichtet Frau Rickes (BaurA) im Sinne der Präsentation. Zusätzlich gibt sie einen Ausblick auf die zukünftige Entwicklung und Her- ausforderungen.

BM Pätzold bestätigt den eklatanten Fachkräftemangel in diesem Bereich, ähnlich wie bei den Kindertagesstätten. Potenzielle Kandidaten müssten dazu motiviert werden, sich zu bewerben.

Wie alle weiteren Rednerinnen und Redner dankt StR Kotz (CDU) für den umfangrei- chen Bericht. Er schlägt vor, die Thematik in der nächsten Sitzung des Reform- und Strukturausschusses aufzurufen. Ähnlich wie im Kita-Bereich müssten kreative Maß- nahmen im Bereich der Besoldung entwickelt werden, um ein Abwandern der Mitarbei- ter in die Region zu verhindern. Das Problem sei gravierend, und in der Folge würden

zahlreiche Antragsteller ihren Rechtsanspruch einklagen. Er wünscht weitere Informationen zu den Erfahrungen aus der Antragskonferenz und bittet um Zusendung der Präsentation. In Zeiten der Pandemie die Kunden an der Eingangstür abzuholen, sei nicht akzeptabel und binde Arbeitskraft. Beim Bürgerservice Bauen sei es möglich, einen Wartebereich mit Sicherheitsabständen einzurichten. Die Verärgerung der Antragsteller sei nachvollziehbar und beziehe sich auf mangelnde Kundenfreundlichkeit und schleppende Umsetzung von Hygienesicherheitsmaßnahmen. Er ruft BM Pätzold dazu auf, die Problematik in der Referentenrunde anzusprechen. Abschließend bittet er um eine Einschätzung der Möglichkeiten zum Homeoffice.

StRin Schiener (90/GRÜNE) betrachtet das Problem als ein regionales. Die Situation in Nachbarstädten sei vergleichbar. Die öffentliche Hand sei nicht optimal ausgestattet und die Bewerberlage desolat. Den Vorschlag der Diskussion im Reform- und Strukturausschuss begrüßt sie.

Mit dem Bericht seien die vielschichtigen Probleme im Baurechtsamt treffend beschrieben worden, so StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Angesichts der stetigen Neuerungen wie Gesetzesänderungen und Digitalisierung müssten Verbesserungen mit Nachdruck vorangetrieben werden. Bei zusätzlichen Anforderungen sei eine "auf Kante genähte" Verwaltung sofort überlastet. Wenn sich Überlastungsanzeigen herumsprächen, sende dies ein falsches Signal und verursache einen "Trading-down-Effekt". Es müsse über eine Stuttgart-Zulage gesprochen werden. Die öffentliche Hand habe strukturelle Probleme, die nicht neu seien. Es müssten Reserven an Mitarbeitern, Räumen, in der Ausbildung etc. geschaffen werden. Eine Diskussion im Reform- und Strukturausschuss sei dringend geboten, denn es brauche strukturelle Veränderungen, die über die momentane Situation hinausgingen. Eine schlechtere Bezahlung beim Baurechtsamt im Vergleich zu anderen Ämtern sei nicht akzeptabel. In den Haushaltsberatungen hätte korrigierend eingegriffen werden können.

Respekt für die Leistung der Mitarbeiter/-innen des Baurechtsamtes zollt StR Körner (SPD). Der Verfahrensvorschlag sei zu begrüßen. Als Lösungsmöglichkeiten müsse über Homeoffice, eine Ballungsraumzulage und Wohnmöglichkeiten für städtische Mitarbeiter gesprochen werden. Er schlägt vor, die unbefriedigende Situation gegenüber den Kunden des Baurechtsamtes transparent zu machen.

StR Serwani (FDP) führt die Abwanderung der Fachkräfte ins Umland als wichtige Ursache für die Problematik an. Die Besoldung sei schlechter als in der freien Wirtschaft, was ein generelles Problem des öffentlichen Dienstes sei. Neben dem Baurechtsamt müsse im Reform- und Strukturausschuss auch über andere Ämter mit ähnlichen Problemen gesprochen werden.

Die geschilderte Situation, so StR Zeeb (FW), sei sehr schwierig. Die Mitarbeiter benötigten dringend ein Erfolgserlebnis. Die Idee einer Information für die Bauherren/Architekten zur Situation im Baurechtsamt begrüßt er. Stellenausschreibungen müssten breiter gestreut werden. Aufgrund der Corona-Krise rechne er mit einer Kündigungswelle bei vielen Architektenbüros, was eventuell die Anzahl der Bewerber erhöhen werde. Er bittet darum, die Mitarbeiter/-innen zu zügigen Entscheidungen anzuhalten, die auch von den Vorgesetzten unterstützt würden. Der Bürgerservice Bauen sei das Aushängeschild des Baurechtsamtes.

StR Goller (AfD) bringt seinen Respekt für die Arbeit der Mitarbeiter/-innen des Baurechtsamtes zum Ausdruck. Es handle sich um einen Teufelskreis aus Überlastung, Fluktuation, geringer Attraktivität, weniger Bewerbungen und dadurch noch mehr Überlastung. Besonders wichtig sei das langfristige systemische Problem des Fachkräftemangels, der auf einem Bildungsmangel basiere. Er plädiert für eine Anpassung der Gehaltsstrukturen. Eine Umfrage mache in der momentanen Situation keinen Sinn. Eine intensive Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit begrüßt der Stadtrat. Bezüglich der Digitalisierung von Bauakten regt er an, diese komplett zu übernehmen, um Zeit zu sparen. Der Digitalisierungsprozess an sich sei viel wichtiger. Besonderheit beim Baurechtsamt sei die überbordende Vorschriftenlage. Hier müsse eine maximale Vereinfachung möglich sein; eventuell könnten Vorschriften ausgesetzt werden.

Der Hinweis zur Behandlung im Reform- und Strukturausschuss wird von BM Pätzold begrüßt. Gegenüber StR Rockenbauch merkt er an, die Situation im Baurechtsamt sei keinesfalls "auf Kante genäht", denn es seien in den Haushaltsberatungen Stellen zur Verfügung gestellt worden. In Rahmen der Diskussion habe er bereits darauf hingewiesen, dass es Probleme gebe, Stellen in diesem Bereich adäquat zu besetzen. Das Thema Digitalisierung sei frühzeitig angegangen worden, und die Umsetzung finde derzeit statt. Die Akten müssten vor der Digitalisierung auf jeden Fall kontrolliert werden, um nicht benötigte Dinge auszusortieren. Die Frage der Eingruppierung/Stellenbewertung werde bereits seit rund zwei Jahren mit dem Referat AKR diskutiert, bis jetzt jedoch noch ohne Ergebnis. Ebenso werde der Aspekt der unbefristeten Stellenbesetzungen thematisiert. Die Entscheidung des Landes zur Digitalisierung von Bauanträgen sei völlig überraschend erfolgt. Dies habe man dem - ebenfalls überraschten - Arbeitskreis des Bündnisses für Wohnen mitgeteilt, der nun vor der Frage stehe, in welchem Format Bauanträge zukünftig eingereicht werden könnten. Dies sei eine große Aufgabe nicht nur für die Bauämter, sondern auch für die Architektenbüros, die ihr Verfahren komplett umstellen und die nötige Software vorhalten müssten, um fälschungssichere Dokumente einreichen zu können. Der Vorsitzende bestätigt, dass er regelmäßig die Mitarbeiter/-innen zu zügigen Entscheidungen bei Bauanfragen anhalte und auch hinter diesen Entscheidungen stehe. Er merkt an, es gebe mittlerweile jedoch sogar Dienstaufsichtsbeschwerden von Büros und Nachbarn, weil diese mit Entscheidungen des Baurechtsamtes nicht einverstanden seien.

Im Bereich Weiter- und Ausbildung sei er im Gespräch mit der Architektenkammer; vor allem das Wissen im Baurecht müsse ausgeweitet werden. Die Möglichkeit zum Homeoffice stelle ein gutes Werkzeug für alle Ämter der Stadt dar und bedeute einen großen Schritt in Richtung "Neues Arbeiten" und Work-Life-Balance. Er regt an, die Frage von Sanierungen städtischer Gebäude ebenfalls im Reform- und Strukturausschuss anzusprechen. Abschließend merkt er an, die Öffnung der Ämter nach der Coronapandemie sei im Vorbereitungsstab Corona behandelt worden. Die Hygienestandards müssten eingehalten werden. Der Bedarf nach städtischen Dienstleistungen sei vorhanden.

Die Kritik an der Abholung der Kunden an der Pforte des Baurechtsamtes greift Frau Rickes auf. Da das Baurechtsamt Teil der städtischen Verwaltung sei, gebe es leider nicht die Möglichkeit, aus eigenem Budget eine(n) Mitarbeiter/-in für die Pforte einzustellen. Ähnliches gelte für die Beschaffung von Schutzmasken; in einzelnen Bereichen sei dies zwar gelungen, für das Gros der Mitarbeiter/-innen sei man jedoch auf die zentrale Lieferung angewiesen gewesen. Die grundsätzliche Problematik im Baurechtsamt

transparent zu machen, werde vom Referat AKR nicht befürwortet, denn dadurch würden potenzielle Bewerber abgeschreckt.

In der Frage der zügigen Entscheidungen merkt sie gegenüber StR Zeeb an, die Mitarbeiter/-innen befänden sich stets im Spannungsfeld zwischen Antragsteller und Nachbarn. Letztere würden heutzutage viel stärker darauf achten, dass Vorschriften eingehalten würden. Von beiden Seiten werde viel Druck ausgeübt. Es sei nicht möglich, selbst darüber zu entscheiden, welche Vorschriften angewandt würden und welche nicht. Befreiungen und Ausnahmen würden bereits sehr weitgehend gehandhabt. Neuerungen von Land oder Bund könnten nicht ignoriert werden; Kriterien der Abwägungen müssten von der Politik festgelegt werden, dies sei nicht Aufgabe der Baurechtsämter.

Die Möglichkeit zum Homeoffice sei in den letzten Wochen forciert worden; die Erfahrungen damit seien äußerst positiv. Es habe zu einer Steigerung des Outputs geführt, da im Büroalltag übliche Störungen wegfielen, keine Wegstrecke zu bewältigen sei und die Arbeitszeiten freier gestaltet werden könnten. Die Arbeitszufriedenheit sei sehr hoch, und es bestehe eine hohe Nachfrage nach Weiterführung. Auch gegenüber Bewerbern sei die Möglichkeit zur Arbeit von zuhause ein enormer Pluspunkt. Unterstützend wirke hier selbstverständlich die Digitalisierung der Bauanträge. Als letzten Punkt greift sie die Antragskonferenzen auf, auf die es eine sehr positive Resonanz gebe, da sie sehr effizient zu einem guten Ergebnis führten. Erste Termine hätten bereits als Telefonkonferenzen stattgefunden, was sie gerne weiter forcieren wolle. Hier bestehe jedoch noch ein gesamtstädtischer Engpass.

Mit der Bemerkung, den Aspekt des Homeoffice ebenfalls im Reform- und Strukturausschuss aufzurufen, stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von dem Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Schmidt / pö

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Baurechtsamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. GPR (2)
 4. Stadtkämmerei (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS